

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
 Einleitung	 1
 1. Kapitel: Grundlagen	 7
 <i>A. Begriff des Unternehmens im Unionskartellrecht und Haftung für ein Kartellbußgeld in der Unionspraxis</i>	 7
I. Vorbemerkung: Darstellung der Praxis der Unionsorgane als Ausgangspunkt	 8
II. Verständnis des Unternehmens als wirtschaftliche Einheit	9
1. Normadressatenstellung des Unternehmens	9
2. Relativ-funktionales Verständnis ausgerichtet an wirtschaftlicher Tätigkeit	11
3. Bestimmung der das Unternehmen darstellenden wirtschaftlichen Einheit	16
a) Bestimmender Einfluss als wesentliches Begründungskriterium	18
b) Einheitliches Unternehmen und Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit	21
c) Zurechnung der Handlung natürlicher Personen	26
4. Haftung der Träger der wirtschaftlichen Einheit als Gesamtschuldner: Stufen der Bebußung	28
a) Zweistufigkeit bei der Bebußung: Gesamtschuldnerische Bußgeldhaftung der Träger des Unternehmens	30
b) Bestimmung der konkreten Bußgeldadressaten: Auswahlermessen der Kommission und Wiederholungstäterschaft	33
c) Zwischenzeitliche Veränderung einer wirtschaftlichen Einheit	36
aa) Unternehmens(ver)kauf	37
bb) (Gesamt-)Rechtsnachfolge	38
cc) Wirtschaftliche Nachfolge	39

d) Divergierende Urteile bei getrennter Klageerhebung gegen Bußgeldentscheidung	40
5. Konzernprivileg als Kehrseite der Verantwortlichkeit der gesamten wirtschaftlichen Einheit	42
6. (Implizite) Anerkennung des Unternehmens im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	43
III. Innenausgleich nach nationalem Recht	44
1. Bestimmung des auf den Innenausgleich anwendbaren Rechts sowie des zuständigen Gerichts	45
2. Vorrangige vertragliche Vereinbarung über den Innenausgleich	47
a) Keine konkludente Vereinbarung	47
b) Grenzen von vertraglichen Vereinbarungen	48
c) Regelungen im Unternehmenskaufvertrag	49
3. Innenausgleichsanspruch am Beispiel deutschen Rechts	49
a) Grundsätzliche Anwendbarkeit von § 426 BGB	49
b) Kriterien des Innenausgleichs	51
aa) Kriterium der Verantwortlichkeit	52
bb) Berücksichtigung der für die Bemessung der Geldbuße maßgeblichen Tatsachen	52
cc) Berücksichtigung von Unternehmensverträgen	53
dd) Regelmäßig kein Rückgriff auf Kopfteilsregelung erforderlich	53
ee) Verhältnis der Kriterien	54
c) Grundsatz der Teilschuld im Innenverhältnis	55
d) Anspruch aus übergegangenem Recht gemäß § 426 Abs. 2 BGB: abweichende Verjährungsfristen	55
aa) Verjährungsfrist für Anspruch aus § 426 Abs. 1 BGB	56
bb) Verjährungsfrist für Anspruch aus § 426 Abs. 2 BGB	56
4. In den Ausgleich einzubeziehende Rechtssubjekte: Bindungswirkung von Bußgeldentscheidungen, Auswahlermessen der Kommission und Zeitpunkt der Begründung der Gesamtschuld .	57
5. Zusammenfassung: Innenausgleich zur Wahrung des Trennungsprinzips	58
IV. Zusammenfassung	59
 B. Bestandsaufnahme: Meinungsstand zur rechtlichen Qualifikation des Unternehmens	61
I. Ansicht der Unionsorgane zum Zusammenhang von Rechtsfähigkeit und Unternehmen	61
II. Bisheriger Meinungsstand in der Literatur zur rechtlichen Qualität des Unternehmens im Sinne des Unionskartellrechts	63
1. Kritik am funktionalen Unternehmensverständnis	64
a) (Mitgliedstaatliches) Trennungsprinzip	65
b) Grundrechtliche Bedenken: Verstoß gegen den Schuldgrundsatz? .	67

c) Weitere Argumente gegen ein institutionelles Unternehmensverständnis	68
aa) Sicherung der umfassenden und unionsweit einheitlichen Anwendung des Unionskartellrechts	68
bb) Erfassen des Wettbewerbs als rein tatsächliches Geschehen	69
d) Zwischenergebnis	69
2. Wirtschaftlich-funktionaler Unternehmensbegriff entsprechend der ständigen Praxis der Unionsorgane	70
a) Unterschied zum institutionellen Unternehmensbegriff	71
b) Nachgelagerte Bindung an Rechtsfähigkeit für Entscheidungsadressierung	71
c) Konsequenz: Ablehnung der Rechtsfähigkeit des Unternehmens	72
3. Rechtsfähigkeit des Unternehmens im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	74
a) Vollstreckung gegen das Unternehmen selbst	74
b) Rechtsfähigkeit des Unternehmens, Entscheidungsadressierung an bzw. Vollstreckung gegen Träger	75
c) Weitere Ansätze	78
d) Ausblick: Dogmatische Herleitung der Rechtsfähigkeit des Unternehmens im Wesentlichen noch zu erbringen	79
III. Zwischenergebnis: Keine eindeutige rechtliche Qualifikation des Unternehmens	80
 C. <i>Methode und Maßstab der interprétation des Unionsrechts</i>	80
I. Auslegungsmethoden des Unionsrechts	81
1. Wortlaut: Grammatikalische Auslegung, unionsrechtsautonome Auslegung und Vorrang des Unionsrechts	82
a) Unionsrechtsautonome Auslegung und Anwendungsvorrang des Unionsrechts	83
b) Verbindlichkeit der unterschiedlichen Sprachfassungen gleichermaßen	83
c) Rückgriff auf weitere Auslegungsmethoden regelmäßig erforderlich	84
d) Keine strikte Wortlautgrenze	85
2. Historische Auslegung	85
a) Eingang des Willens des Gesetzgebers in den Rechtsakt erforderlich	85
b) Fortschreiten des Integrationsprozesses	86
3. Systematische Auslegung: Einheit der Rechtsordnung und primärrechtskonforme Auslegung	86
4. Teleologische Auslegung und Effektivitätsgrundsatz	87
a) Effektivitätsgrundsatz	87
b) Heranziehung rechtsvergleichender Betrachtungen	88
5. Verhältnis der einzelnen Methoden zueinander	88

II.	Lückenschließung durch wertende Rechtsvergleichung zur Entwicklung allgemeiner Rechtsgrundsätze: Ziele und Grenzen	89
1.	Anlass für eine wertende Rechtsvergleichung	91
2.	Grenzen und Zielbestimmungen	92
III.	Grenzen der interprétation	93
1.	Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	94
2.	Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	95
a)	Subsidiaritätsgrundsatz	95
b)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	96
c)	Geltung von Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz auch für interprétation durch den EuGH	97
3.	Prinzip des institutionellen Gleichgewichts	98
2. Kapitel: Auslegung des Unionsrechts zur Näherung an die rechtliche Qualifikation des Unternehmens		99
A.	<i>Auslegung unionsrechtlicher Normen zur Näherung an das Institut der Rechtsfähigkeit im Sinne des Unionsrechts</i>	99
I.	Wortlaut	99
1.	Supranationale Rechtsformen	99
a)	SE und SCE	100
b)	EWIV	101
c)	Schlussfolgerung	101
2.	Regelungen der Unionsmarken-VO	102
3.	Weitere Rechtspersönlichkeiten nach dem Unionsrecht	102
4.	Schlussfolgerungen	103
II.	Systematische Auslegung	103
1.	Systematische Argumente im Zusammenhang mit der EWIV	103
2.	Systematische Argumente im Zusammenhang mit der SE	104
3.	Systematische Argumente im Zusammenhang mit der SCE	104
4.	Schlussfolgerung	105
III.	Teleologische Auslegung	105
IV.	Historische Auslegung	106
V.	Zwischenergebnis: Grundsätzlich rechtliche Ausgestaltung eines Subjekts durch das Unionsrecht möglich	106
VI.	Ausblick	106
B.	<i>Auslegung des Unternehmensbegriffs im Hinblick auf dessen rechtliche Qualifikation</i>	107
I.	Auslegung des Wortlauts	107

II. Nach der Gesetzeshistorie	108
III. Anhand der Systematik	108
1. Normadressateneigenschaft des Unternehmens	108
a) Im Unionswettbewerbsrecht	109
b) Im Datenschutzrecht	109
c) Schlussfolgerung	112
2. Normadressatenschaft der Unternehmensvereinigung	112
3. Adressierung des Unternehmens und gerade nicht der juristischen Person	113
4. Sekundärrechtliche Adressierung juristischer Personen trotz Bemessung der Geldbuße anhand des jährlichen konsolidierten Gesamtumsatzes einer Unternehmensgruppe	114
5. Anwendungsvorrang und Autonomie des Unionsrechts	115
6. Zwischenergebnis der systematischen Auslegung	116
IV. Auslegung nach Sinn und Zweck der Wettbewerbsvorschriften (Telos) unter Beachtung des Effektivitätsgrundsatzes	116
1. Erfassung des rein tatsächlichen Geschehens des Wettbewerbes durch Adressierung der tatsächlich handelnden wirtschaftlichen Einheiten	117
2. Abhängigkeit der Durchsetzung von nationalen Rechtsordnungen bei Sanktionierung gegenüber Rechtsträgern	117
3. Höhere Durchsetzungskraft bei Sanktionierung gegenüber Unternehmen selbst	119
4. Argumentation des EuGH: Herabsetzung der Bußgeldhaftung der Mutter bei Herabsetzung gegenüber der unmittelbar verstoßenden Tochter	120
5. Argumentation des EuGH: Persönliche Verantwortlichkeit der wirtschaftlichen Einheit	121
6. Zwischenergebnis zur teleologischen Auslegung	123
V. Schlussfolgerung: Keine eindeutige rechtliche Qualifikation des Unternehmens durch das Unionsrecht	124
C. <i>Zwischenergebnis: Keine eindeutige Auslegung möglich</i>	124

3. Kapitel: Bestimmung des unionsrechtlichen Verständnisses der Rechtsfähigkeit unter Heranziehung allgemeiner Rechtsgrundsätze 127

A. <i>Rückgriff auf allgemeine Rechtsgrundsätze zur Rechtsfähigkeit</i>	127
I. Keine allgemeingültigen Aussagen zur Rechtsfähigkeit für das gesamte Unionsrecht	127
1. Ähnlicher Befund im geschriebenen Recht nationaler Rechtsordnungen	128
2. Konsequenz für Untersuchung	129

II. „Anleihe“ der Erkenntnisse zur Rechtsfähigkeit in mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	130
1. Weitgehend übereinstimmendes Verständnis in den Mitgliedstaaten	130
2. Rückgriff auf mitgliedstaatliche Tradition der Rechtsfähigkeit	132
3. Übertragung unter Beachtung der Eigenständigkeit des Unionsrechts	132
III. „Lücke“ im Unionsrecht hinsichtlich des Instituts der Rechtsfähigkeit	133
IV. Voraussetzungen einer möglichen Übertragung und deren Maßstab	134
 <i>B. Rechtsgeschichtlicher Abriss zur Entwicklung der Zuordnung von Rechten</i>	 135
I. Archaisches Recht	135
II. Erstarken der Staaten	136
III. Antike	137
IV. Zusammenhang von Rechtsfähigkeit und Staat	138
V. Gemeinsame Wurzel der Rechtsfähigkeit	139
 <i>C. Rechtsfähige Subjekte: Schaffung durch Rechtsordnung und Kompetenz des Unionsrechts</i>	 139
I. Eigenständige Rechtsordnung: Grundsätzliche Fähigkeit zur Verleihung von Rechtsfähigkeit	141
II. Besonderheiten des Unionsrechts als supranationale Rechtsordnung	142
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung: Anerkennung durch das Wettbewerbsrecht	143
a) Grundsätzliche Fähigkeit zur Schaffung eigener Subjekte durch das Unionsrecht in Abhängigkeit von den der Union verliehenen Kompetenzen	143
b) Schaffung eigener Rechtssubjekte im Unionswettbewerbsrecht	145
aa) Bisherige Auseinandersetzungen ablehnend bzw. fragmentarisch	145
bb) Untersuchung des Kompetenzgefüges von EU und Mitgliedstaaten im Hinblick auf das Wettbewerbsrecht	146
(1) Kompetenzvorschriften	146
(2) Ausfüllung bereits im Primärrecht und Ausstrahlungswirkung in das Sekundärrecht	147
cc) Schlussfolgerung	148
c) Zwischenergebnis	149
2. Keine Einschränkung durch Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	149
a) Subsidiaritätsprinzip	149
b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	150
III. Zwischenergebnis	151

<i>D. Ausgangspunkt zur Bestimmung des unionsrechtlichen Rechtsfähigkeitsverständnisses: Sekundärrechtliche Regelungen des Unionsrechts</i>	151
I. Unionsmarken-VO	152
II. EWIV-VO	153
III. Aspekte der Rechtsfähigkeit in Unionsmarken-VO und EWIV-VO . . .	153
IV. Zentrale Fragestellungen	156
 <i>E. Fähigkeit, im eigenen Namen Träger von Rechten und Pflichten jeder Art zu sein</i>	157
I. Rechtsfähigkeit als Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten sein zu können	158
1. Beschreibung von Rechtsfähigkeit als Endpunkt der Zurechnung von Rechten sowie Pflichten	159
2. Beschreibung von Rechtsfähigkeit anhand des Bestehens von Rechtsverhältnissen: Potentielle, abstrakte und konkrete Rechtsfähigkeit	161
a) Unterschiedliches Begriffsverständnis	161
b) Abstrakte und konkrete sowie potentielle und aktuelle Dimensionen der Rechtsfähigkeit	162
c) Schlussfolgerung	165
3. Fähigkeit zum Eigeninteresse erforderlich?	165
a) Unterscheidung zwischen tatsächlicher Existenz und rechtlicher Anerkennung	166
b) Übertragung auf das Unternehmen im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	167
aa) Tatsächliche Existenz als Indiz für Rechtsfähigkeit	167
bb) Wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens als Folge ausgeübten Eigeninteresses	167
4. Zwischenergebnis	168
II. Erfordernis einer eigenen Identität?	168
1. Anforderungen an eigene Identitätsausstattung	168
a) Identifizierbarkeit im Sinne einer Adressierbarkeit ausreichend . .	169
b) Anmeldung einer Unionsmarke: Angaben, die es erlauben, die Identität des Anmelders festzustellen	170
2. Übertragung auf das Unternehmen im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	171
3. Zwischenergebnis	171
III. Rechtsfähigkeit und Vermögensfähigkeit bzw. Haftungsorganisation . .	172
1. Haftungsorganisation als maßgebliches Kriterium?	173
2. Unterscheidung zwischen personaler und realer Haftungsorganisation	173
a) Reale Haftung: Zugriff auf ein Haftungssubstrat	173
b) Personale Haftung: Verhaltenssteuerung	174

c) Differenzierung grundsätzlich in Abhängigkeit von der Art der Pflicht	175
d) Mittelbare Verhaltenssteuerung: Ausnahmsweise Durchgriff auf Haftungssubstrat bei verhaltensbezogenen Pflichten	176
e) Haftungsstruktur: Bestimmung bzw. Zuordnung des Haftungssubstrats anhand der Haftungsorganisation	176
f) Schlussfolgerung	177
g) Zwischenergebnis: Bestimmbarkeit einer Haftungsstruktur ausreichend	177
3. Heranziehung allgemeiner Rechtsgrundsätze: Fähigkeit, eigenes Vermögen zu bilden, nicht zwingend erforderlich	178
a) Nichtrechtsfähiges Sondervermögen am Beispiel des Nachlasses im deutschen Recht	178
b) Betriebs- und Personalrat	179
c) Rechtsfähigkeit von Organen juristischer Personen	182
aa) Ausgangsfrage: Zulässigkeit eines aktienrechtlichen Organstreits	184
bb) Vorfrage: Rechts- und Parteifähigkeit von Vorstand und Aufsichtsrat	184
cc) Adressat aktienrechtlicher Rechte und Pflichten	184
dd) Vermögen(sfähigkeit)	186
ee) Exkurs: Qualität und Quantität der für die Annahme von Rechtsfähigkeit erforderlichen Rechte bzw. Pflichten strittig .	188
d) Englisches Recht: Erlangung der Eigenschaft als body corporate durch registration unabhängig von Kapitalaufbringung	190
e) Zwischenergebnis	191
4. Schlussfolgerung	192
5. Übertragung auf das Unternehmen im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	194
IV. Umfang der Rechtsfähigkeit abhängig von Umfang der zugewiesenen Rechte und bzw. oder Pflichten	195
1. Relativierung der Rechtsfähigkeit in Bezug auf konkrete Subjekte . .	197
a) Rechtsfähigkeit durch Adressierung mit einzelnen Rechten und bzw. oder Pflichten	198
b) Zwischenergebnis: Einheitlichkeit der Rechtsfähigkeit als abstraktes Attribut	205
2. Spezifische Rechtsfähigkeit	205
a) Spezifizierung der Rechtsfähigkeit durch einzelne Rechtsbereiche	207
b) Spezifizierung anhand des eingeschränkten Wirkungsbereichs eines Subjekts	208
c) Symptom: Unterschiedliche Unternehmensbegriffe im deutschen Recht	208
d) Französisches Recht	209
e) Englisches Recht	210
f) Zwischenergebnis: Rechtsbereichsspezifische Subjekte möglich .	210
3. Exkurs: Wurzel der Rechtsfähigkeit in Pflichtfähigkeit	210

4. Zwischenergebnis: Konkrete Rechtsfähigkeit relativ abhängig von zugeordneten Rechten und Pflichten	211
5. Übertragung auf das Unionsrecht	212
V. Publizitätserfordernis: Keine Eintragung in ein Register erforderlich	213
1. Analyse der sekundärrechtlichen Regelungslage	214
a) EWIV-VO und Vorgesellschaften supranationaler Gesellschaften	214
b) Unionsmarken-VO	216
c) Schlussfolgerung	216
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze in den Mitgliedstaaten	216
a) Systeme zur Bildung juristischer Personen	217
aa) Konzessionssystem	217
bb) System der Normativbestimmungen	218
cc) Freie Körperschaftsbildung: Rechtsfähigkeit ohne hoheitliche Kontrolle	220
dd) Zwischenergebnis	221
b) Weitere Anhaltspunkte aus den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	221
aa) Deutsches Recht	221
bb) Französisches Recht	224
cc) Italienisches Recht	225
dd) Niederländisches Recht	227
c) Schlussfolgerungen und Übertragung in das Unionsrecht	229
3. Grundrecht der Vereinigungsfreiheit	232
4. Zwischenergebnis: Registereintragung für Rechtsfähigkeit nicht erforderlich	233
VI. Möglichkeit der impliziten Verleihung bzw. Anerkennung von Rechtsfähigkeit durch das Wettbewerbsrecht der Union	234
1. Rechtsprechung des EuGH	235
2. Praxis der Unionsorgane bei der Bebußung wegen Kartellrechtsverstößen: Möglichkeit der impliziten Anerkennung	236
3. Möglichkeit der impliziten Schaffung eigener Subjekte: Verleihung von Rechtsfähigkeit	237
a) Qualitative Gleichwertigkeit von impliziter Anerkennung und Schaffung rechtsfähiger Subjekte durch die Unionsrechtsordnung	237
b) Keine rechtliche Verfasstheit nach der Grundrechtecharta erforderlich	238
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze und dogmatische Überlegungen in den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen zur impliziten Schaffung rechtsfähiger Subjekte	240
aa) Lediglich deklaratorische Registereintragung von Gesellschaften und Vorgesellschaften	240
bb) Rechtsprechung des BGH zur WEG und GbR	241
cc) Anerkennung der Rechtsfähigkeit der maatschap im niederländischen Recht	241
dd) Ansichten in der Literatur	242

d) Zwischenergebnis	243
4. Schlussfolgerung: Kompetenz des Unionsrechts zur Verleihung von Rechtsfähigkeit auch im Unionswettbewerbsrecht	243
VII. Zusammenfassung	243
 <i>F. Fähigkeit, Verträge zu schließen und vor Gericht zu stehen:</i>	
<i>Handlungsfähigkeit, Handlungsorganisation und Parteifähigkeit</i>	246
I. Verhältnis von Rechts- und Handlungsfähigkeit	246
1. Fähigkeit zum rechtserheblichen Handeln erforderlich?	247
2. Unterscheidungsbedürftigkeit von Rechts- und Handlungsfähigkeit .	248
a) Begriff der Handlungsfähigkeit	248
aa) Umfassendes Verständnis vom Begriff der Handlungsfähigkeit	249
bb) Bezogenheit der Handlungsfähigkeit auf natürliche Personen .	249
b) Verschiedene Ausprägungen der Handlungsfähigkeit	250
aa) Willensfähigkeit	250
bb) Geschäftsfähigkeit	250
cc) Delikts- bzw. Verschuldensfähigkeit	251
dd) Straf- und Schuldfähigkeit	251
(1) Unterschiedliche Modelle der Sanktionierung von Verbänden	252
(a) Zurechnungs- bzw. Repräsentationsmodell	252
(b) Originäre Verbandsverantwortlichkeit	253
(c) Veranlassungshaftung	255
(2) Keine Begründung einer eigenständigen Verbandsschuld unabhängig von Verhaltenszurechnung natürlicher Personen	256
ee) Steuerrechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit im Steuerrecht .	257
ff) Zwischenergebnis	257
c) Verhältnis von Handlungs- und Rechtsfähigkeit nach überwiegender Ansicht	258
3. Zwischenergebnis: Differenzierung zwischen Rechts- und Handlungsfähigkeit sinnvoll	260
4. Übertragung auf das Unternehmen im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	262
II. Erfordernis einer eigenen Handlungsorganisation	263
1. Anforderungen an eine solche Handlungsorganisation	264
2. Unterscheidung von Handlungsorganisation und Fähigkeit zu rechtserheblichem Handeln	265
3. Zwischenergebnis	266
4. Handlungsorganisation des Unternehmens im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	266
III. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	267
IV. Zusammenfassung	268
 <i>G. Fazit und Zwischenergebnis: Mindestanforderungen für das Vorliegen von Rechtsfähigkeit</i>	269

4. Kapitel: Rechtsfähigkeit des Unternehmens im Sinne der wirtschaftlichen Einheit	273
<i>A. Rechte und Pflichten des Unternehmens nach dem Unionsrecht</i>	<i>273</i>
I. Pflichten des Unternehmens	274
1. Primärrechtliche wettbewerbsrechtliche Verhaltenspflichten der Art. 101 f. AEUV	274
2. Sanktionierung und Durchsetzung gemäß der VO 1/2003	274
3. Schadensersatzpflicht des Unternehmens	276
II. Rechte des Unternehmens	277
1. Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Art. 101 Abs. 1 AEUV	277
2. Bildung einer Unternehmensvereinigung mit der Fähigkeit zur Beschlussfassung	278
3. Wirtschaftliche Tätigkeit	279
4. Grundrechtsfähigkeit des Unternehmens	280
a) Unternehmerische Freiheit, Art. 16 GRCh	280
b) Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit und Verfahrensgarantien	281
5. Ausgleichsanspruch gemäß Art. 11 Abs. 5 KartellSE-RL	283
6. Konzernprivileg	283
7. Kronzeugenstatus	284
III. Fähigkeit zur Trägerschaft von Rechten und Pflichten des Unternehmens: Normative Adressierung als Kernelement der Rechtsfähigkeit	284
IV. Möglicher Umfang der Rechtsfähigkeit des Unternehmens	286
1. Relative konkrete Rechtsfähigkeit des Unternehmens und abstrakte Eigenschaft der Rechtsfähigkeit	287
2. Potentielle und aktuelle Rechtsfähigkeit und Unternehmen	289
<i>B. Folgen einer unionsrechtlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit des Unternehmens</i>	<i>290</i>
I. Probleme des zweistufigen Ansatzes zur Sanktionierung von Kartellverstößen	290
II. Keine stimmige Lösung durch Rechtsfähigkeit des Unternehmens lediglich für das materielle Wettbewerbsrecht	291
III. Eigener Ansatz: Entscheidungsadressierung und Vollstreckung unmittelbar gegenüber dem Unternehmen möglich	296
1. Unternehmen als Adressat der Bußgeldentscheidung sowie sonstiger Verfügungen und Verfahrenshandlungen	297
a) Parteifähigkeit als allgemeine Folge von Rechtsfähigkeit	298
b) Fehlende rechtliche Verfasstheit	300
c) Vertretung und Handlungsorganisation des Unternehmens	302

aa) Erster Schritt: Einmalige Mitteilung an alle Träger durch Kommission	302
bb) Zweiter Schritt: Bestimmung des die wirtschaftliche Einheit im Kartellverfahren repräsentierenden Trägers	304
(1) Mögliche Kriterien für die Bestimmung des das Unternehmen repräsentierenden Trägers	305
(a) Kriterium der wirtschaftlichen Tätigkeit: Vertretung durch unmittelbar wirtschaftlich tätigen Träger?	306
(b) Kriterium des bestimmenden Einflusses: Vertretung durch Muttergesellschaft?	306
(c) Bewertung	307
(2) Benennung eines Vertreters durch Unternehmen vorzugswürdig	307
(3) Auffangregelung: Bestimmung des Vertreters durch Kommission	308
cc) Folge: Wegfall des Auswahlermessens bei Adressierung	309
dd) Sonderfall: Rechtsnachfolge und wirtschaftliche Nachfolge	309
(1) „Interne“ Nachfolgetatbestände	309
(2) „Externe“ Nachfolgetatbestände	310
(a) Während des Verstoßzeitraums	310
(b) Nach Beendigung des Verstoßes	310
(3) Zwischenergebnis	311
d) Parteifähigkeit des Unternehmens auch im möglicherweise anschließenden Verfahren vor EuG und EuGH	312
2. Vollstreckungsschuldnerschaft des Unternehmens	312
a) Zugriff entsprechend der Haftungsordnung des Unternehmens	313
aa) Personale Haftung	313
bb) Reale Haftung	313
b) Unionsrechtsautonome Auslegung von Art. 299 AEUV und unionsrechtskonforme Auslegung der mitgliedstaatlichen zivilprozessualen Vorschriften	314
3. Schlussfolgerung und Reichweite unionsrechtlicher Rechtsfähigkeit des Unternehmens	316
 C. <i>Überprüfung der Anerkennung der Rechtsfähigkeit des Unternehmens</i>	317
I. Maßstäbe der Abwägung	318
1. Prinzipien des Unionsrechts	318
2. Dogmatisch-wertende Entscheidung über die Zuerkennung von Rechtsfähigkeit	319
II. Effektivere Durchsetzbarkeit des Unionswettbewerbsrechts durch tatsächliche Adressierbarkeit eines rechtsfähigen Unternehmens	320
1. Adressierung eines nicht rechtsfähigen Gebildes nicht sinnvoll	320

2. Sicherung der gleichmäßigen Anwendung und Durchsetzung des Unionswettbewerbsrechts durch Unabhängigkeit von mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen	321
III. Dogmatische Lückenschließung durch Anerkennung des Unternehmens als rechtsfähig	322
1. Bessere Erklärungsmöglichkeiten der ständigen Unionspraxis	322
a) Gleichlauf von normativer Adressierung und Durchsetzung	322
b) Problematik bei getrennten Klagen einzelner Träger des Unternehmens	324
c) Rechtliche und wirtschaftliche Nachfolge	324
d) Vereinbarkeit mit nationalem Trennungsprinzip über Innenausgleich	325
2. Keine neuen Probleme	326
3. Zusammenhang von tatsächlicher Existenz und rechtlicher Anerkennung des Unternehmens	327
IV. Abwägungsergebnis: Rechtsfähigkeit des Unternehmens im Unionswettbewerbsrecht	327
5. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	329
A. <i>Das Institut der Rechtsfähigkeit im Unionsrecht</i>	329
B. <i>Rechtsfähigkeit des Unternehmens im Sinne der wirtschaftlichen Einheit</i>	331
Literaturverzeichnis	335
Stichwortverzeichnis	351